



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/262 - 12.11.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Das Saarland und die deutsche Einheit	S. 1
Die USA nach den Präsidentenwahlen	S. 3
Aus der Arbeit des Petitionsausschusses	S. 5
Umstrittene Lehrerbesoldung	S. 7

## Die Saar wird nicht allein bleiben

A.E. Der gemeinsame Aufruf der drei oppositionellen Saarparteien, DSP/CDU und DVP an die Saarbevölkerung, bei den Landtagswahlen am 30. November keine Stimmen den Separatisten und Kommunisten zu geben, wie auch die zu erwartende gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages, zeigt vor aller Welt den Grad der Entschlossenheit der deutschen Parteien, die Entwicklung an der Saar und die Verletzung von Demokratie und deutschen Rechten nicht unwidersprochen hinzunehmen. Mit diesen Wahlen wird ein Stück deutscher Zukunft entschieden. Gelingt es den saarländischen Separatisten, durch Terror und durch schamlose Ausnutzung ihrer von fremden Gnaden gewährten Machtstellung auch nur den Schein einer Legalität zu bewahren, dann würde die deutsche Verhandlungsposition in der Zukunft entscheidend geschwächt werden. Frankreich könnte, ohne sonderliche Störungen von außen befürchten zu müssen, mit seiner auf die dauernde Abtrennung der Saar gerichteten Politik fortfahren. Welche Konsequenzen das für die polnisch-verwalteten Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie hat, ist oft gesagt worden. Darum ist jede Stimmabgabe gegen Separatisten und Kommunisten an der Saar ein Bekenntnis zur deutschen Einheit in Freiheit. Die oppositionellen demokratischen Parteien an der Saar haben Anspruch auf alle

zur denkbaren Unterstützung vonseiten der Bundesrepublik und aller deutschen Parteien.

Die Hoffmann-Regierung, die zu ihr in Scheinopposition stehenden Kirn-Leute, der französische Botschafter Grandval und schließlich Frankreich selbst wissen nur zu gut, was mit diesen Wahlen für sie auf dem Spiele steht. Ihr aller Bestreben ist darauf gerichtet, ein möglichst hohes Maß von Verwirrung, Unruhe und Unsicherheit in die saarländische Bevölkerung hineinzutragen. Sie lassen sich das auch allerhand kosten. So hat man in diesen Tagen die DVP (Demokratische Volkspartei) zugelassen, die die Aufgabe hat, die Opposition gegen das bestehende Regime gewissermaßen aufzufangen. Diese Gruppe wird mit Millionenbeträgen von der französischen Gesandtschaft subventioniert. Sie arbeitet mit der Losung, sie wolle nur gewählt werden, um nachher "deutsche Politik zu machen". Dabei hat diese gleiche Gruppe sich eindeutig auf den Boden der dem Saarland aufgezwungenen Verfassung gestellt und sie als bindend anerkannt. Sie ist eine ausgesprochen französische Schöpfung, dazu bestimmt, dem schwerbedrängten Hoffmann-Regime Schützenhilfe zu leisten.

Diese gleiche Rolle hat auch die KP zu spielen. Sie darf an den Wahlen teilnehmen, obwohl ihr antidemokratischer Charakter unbestritten ist. Die saarländischen Kommunisten geben sich als besonders national. Hoffmann und der französische Botschafter an der Saar lassen sie gewähren, weil sie hoffen, den Block, der gegen die Regierung ist, dadurch möglichst klein zu halten.

Eine wahre Flut von Versprechungen wird sich über die saarländische Bevölkerung bis zum Tage der Landtagswahl ergießen. Der französische Außenminister Schuman machte schon den Anfang, indem er bei Verhandlungen mit saarländischen Separatisten eine Änderung der drückenden Saarkonventionen in Aussicht stellte. Die deutsch-französischen Saargespräche sind, und das sei hier in Erinnerung gebracht, deshalb gescheitert, weil es den Machthabern im Saargebiet nur darum ging, die einseitige wirtschaftliche Vormachtstellung Frankreichs aufrecht zu erhalten. Auch das Lockmittel bevorstehender Preissenkungen, von höchster Stelle ausgesprochen, wird nicht fehlen. Und natürlich auch nicht die Diffamierung der deutschen Opposition als europafeindlich und als Gegner einer dauernden deutsch-französischen Verständigung.

Es ist gut, daß der deutsche Bundestag als höchste Repräsentanz des deutschen Volkes in seiner kommenden Sitzung am 18. November durch eine einmütige Willenskundgebung der saarländischen Opposition, die auch einen Kampf für Deutschland führt, moralische Rückenstärkung verleihen wird. Das bedeutet freilich keinen Freibrief und keine Nachsicht gegenüber dieser Bundesregierung, die durch ihre unglückliche Saarpolitik zum Teil die Mitverantwortung an der Entwicklung im Saargebiet trägt. Sie hat es bei früheren Gelegenheiten unterlassen, den deutschen Standpunkt in aller Klarheit herauszustellen und ihre Politik der vielen Vorleistungen war für Frankreich geradezu eine Ermunterung. Dies wird in aller Deutlichkeit der sozialdemokratischen Oppositionsführer herausstellen.

Die neue Situation in den Vereinigten Staaten

H.S.-New York

An einem klaren Wahlergebnis läßt sich nicht deuteln. Die Rekordzahl von 31 Millionen Amerikanern, die sich zusammenfand, um General Dwight D. Eisenhower ins Weiße Haus zu Washington zu schicken, spricht eine unüberhörbar deutliche Sprache. Das Volk wollte neue Köpfe, neue Gesichter, neue Methoden und neue politische Prinzipien in seiner Landesregierung, und der Überaus volkstümliche Sieger des zweiten Weltkrieges, der Mann, der in keiner Weise ein Berufspolitiker ist und dessen persönlicher Anstand und sonstige gute Charaktereigenschaften zudem unbestritten sind, war der richtige Mann, diesen Willen des Volkes zu verwirklichen.

Es war ein Sieg Eisenhowers und nur Eisenhowers - und nicht ein Sieg der Republikanischen Partei; in jedem einzelnen der 48 Gliedstaaten schnitt der General viel besser ab als die gleichzeitig mit ihm kandidierenden republikanischen Anwärter auf Kongreß- oder Gouverneursämter. Die republikanische Mehrheit im neuen Kongreß ist minimal; faktisch sind im Senat wie im Repräsentantenhaus beide Parteien gleich stark. Infolgedessen ist es nicht ganz angebracht, das Ergebnis des Wahltages als einen "Rechtsruck" zu bezeichnen. Denn obwohl einige Männer vom wilden, erz-reaktionären isolationistischen rechten Flügel der Republikanischen Partei ihre Senatssitze halten konnten, allen voran der Übel beleumdete MacCarthy, sind drei andere, ebenso reaktionäre und eben so isolationistische Senatoren der Republikanischen Partei, Cain, Ken und Ecton, von fortschrittlichen, modern denkenden Kandidaten der Demokratischen Partei geschlagen worden; die isolationistisch-chauvinistische Fraktion ist im neuen Senat also eher schwächer als im alten.

Demokratische Koalition brach auseinander

Trotzdem liegt von nun an ein gewisser "konservativer Zug" in der Washingtoner Atmosphäre, der sich vermutlich allmählich in der praktischen Tagespolitik auswirken muß. Es ergibt sich zunächst einmal folgende grundlegende Feststellung: Die alte Rooseveltsche Koalition verschiedenartiger Interessen- und Volksgruppen, die 20 Jahre lang die Demokratische Partei zum Sieg geführt und aus ihr eine wahre echte, Volkspartei gemacht hatte, ist auseinandergebrochen. Treu zu Stevenson gehalten haben von dieser Koalition nur Teile der südlichen Farmer, die Neger und, vor allen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter; die Gewerkschaften stehen also jetzt in Amerika, zum ersten Male seit 20 Jahren, nicht auf der Regierungsseite sondern bei der Opposition. Unter Eisenhowers engeren Beratern findet sich kein einziger namhafter Gewerkschaftsführer. Es besteht kein Zweifel daran, daß der neue Präsident im Falle von Arbeitskonflikten bedenkenlos von den Klauseln des vielumstrittenen Taft-Hartley-Arbeitsgesetzes Gebrauch machen wird (was Truman niemals getan hat); er hat zwar "Revision" dieses Gesetzes zugesagt, das für die amerikanische Arbeiterschaft der Feind Nummer Eins ist, aber doch seine Grundprinzipien nicht abgelehnt.

Im übrigen wird der "konservative Zug" natürlich dem imponierenden Gebäude des "Wohlfahrtsstaates", das Roosevelt und Truman

errichtet haben, kaum einen neuen Stein anfügen. Man wird damit rechnen können, daß künftige Staudämme, Flußregulierungen, Aufforstungen, Experimentierfarmen, Kraftwerke u.dgl. entweder gänzlich der Privatwirtschaft überlassen werden, oder aber, wo das nicht möglich ist, die Bundesregierung den Behörden der Einzelstaaten und Gemeinden den Vortritt lassen wird - eine Art "Abkehr von Washington", die, wenn auch sehr gesund-föderalistisch aussehend, doch der Wohlfahrtsstaat-Idee den Todesstoß versetzt.

#### Rückwirkungen auf die Außenpolitik

Die Frage, die sich jeder Nicht-Amerikaner, zumeist nicht ohne Besorgnis, zuerst stellt, ist natürlich, wie sich der Regimewechsel in Washington auf die Außenpolitik auswirken wird. Aber gerade diese Frage ist am schwersten zu beantworten. Eisenhower, einer der Mitschöpfer des Atlantikpakt und aktiver Förderer der Einigung Westeuropas und der europäischen Armee, wird kaum eine totale Frontschwankung vornehmen und Europa einfach fallen lassen und auch keinen einzigen Dollar mehr in Wirtschafts- oder Waffenhilfe für Europa investieren; das gilt als ausgeschlossen. Aber er wird dem in der Republikanischen Partei sehr stark vorhandenen Zug nicht widerstehen können, die Aufmerksamkeit und das Interesse Amerikas etwas von Europa weg und auf Asien hinzulenken. Asien wird vermutlich für die Dauer der nächsten vier Jahre das Interessengebiet Nummer Eins Washingtons sein - was, zum Beispiel, bedeuten kann, daß Tschiang-Kai-Schek und seine Formosa-Regierung mehr Geldunterstützung aus Amerika bekommen wird als bisher und vielleicht auch zu einer erneuten größerer politischen Rolle berufen sein wird. Bisher hatte man ja seinen Truppen nicht erlaubt, in Korea einzugreifen, um die dortige Lage nicht unnötig zu komplizieren. Ob es Eisenhower gelingen wird, in den festgefahrenen koreanischen Waffenstillstandsverhandlungen die rettende Formel zu finden, bleibt abzuwarten. Die Aussichten dafür sind nicht gerade groß - es sei denn, daß der Kreml, aus uns nicht bekannten Gründen, beschließen sollte, dem General eine "Ermutigungsspritze" zu geben und einen Rückzug der kommunistischen Unterhändler in der Frage des Austausches der Kriegsgefangenen anordnet.

Man wird also nur mit neuen Nuancen und leichteren Verschiebungen der amerikanischen Außenpolitik zu rechnen haben, und nicht mit brutischen Kehrtwendungen. Daß Eisenhower die amerikanische Aufrüstung bremsen oder gar völlig abbrechen wird, ist kaum anzunehmen - und er wird es auch an einer gewissen, wenn auch vermutlich verringerten, Dollarhilfe für die Aufrüstung in Europa nicht fehlen lassen; wie er sich freilich mit der zunehmenden Verstimmung und Verdrießlichkeit, die sich letzthin in Europa, an die Adresse Amerikas gerichtet, stärker bemerkbar gemacht hat, auseinandersetzen wird, bleibt abzuwarten. Zollerleichterungen für den europäischen Export nach den USA wird er kaum versprochen, denn die Republikaner sind traditionsgemäß die Anhänger prohibitiver Schutzzölle. In Europa wird man also wohl gut tun, Eisenhowers ersten außenpolitischen Schritten mit gedämpftem Trommelklang, abwartend, gelassen und ohne Illusionen, aber auch ohne Panikstimmung entgegenzusehen.

Nachkriegsschicksale in Akten

Der Artikel 17 hat sich bewährt

d.g. "19.750 bis 20.000" malte in diesen Tagen der heimatvertriebene Bundestagsangestellte Paulowicz in einem Büro des Bundestages fein säuberlich an seine achtzigste Ablegekiste und ordnete die Petition mit dem <sup>Vermerk/</sup> "G.Z. 20.000" zu den Akten. Der Wochenbericht über die Tätigkeit der Bundestagsausschüsse kommentierte dieses Ereignis mit den trockenen Worten "Der Stand der in dieser Legislaturperiode beim Bundestag eingegangenen Petitionen erhöhte sich auf insgesamt 20.000". Damit war das "Jubiläum", von dem übrigens kaum jemand Kenntnis genommen hatte, für die Parlamentsbürokratie gebührend erwähnt und schon in den nächsten Wochen wird die nächste Aktenkiste mit der Aufschrift "20.000 bis 20.250" gefüllt sein.

Der Petitionsausschuß des Bundestages, der in Ausführung von Artikel 17 des Grundgesetzes besteht, gehört zu den "stillen" Ausschüssen, von deren Arbeitspensum der Außenstehende kaum jemals etwas erfährt. Aber seine Vorsitzende, die Abgeordnete Frau Luise Albertz - übrigens die erste Nachkriegs-Oberbürgermeisterin Deutschlands ! - könnte anhand der Petitionen ihres Ausschusses ein eindringliches Bild des sozialen Elends zeichnen, das gerade in diesem Gremium seinen ständigen Niederschlag in Form von verzweifelten Zuschriften findet. Eine Aufgliederung der seit dem 8. September 1949 eingegangenen Petitionen ergibt, daß rund 85 Prozent aus sozialer Notlage herrühren. Sie stammen von Leuten, denen das Gerade von der "sozialen Marktwirtschaft" und vom unaufhaltsamen wirtschaftlichen Aufschwung wie eine Herausforderung in den Ohren klingt, denn sie bitten um die primitivsten Voraussetzungen für ein menschliches Dasein, um "einmalige Unterstützung für Bekleidung", um Waisenrenten und Sterbegeld, um die Bevorschussung ihrer kleinen Rente zur Schuldenabdeckung oder um Übernahme der Kosten für ein Heilverfahren.

Leider handeln viele Petenten in Unkenntnis der Kompetenz dieses Bundestagsausschusses und so kommt es, daß ein Großteil der Bitten und Beschwerden "zuständigkeithalber" an die Landtage der betreffenden Länder abgetreten werden muß, während andere überhaupt für "ungeeignet zur Beratung" erklärt werden müssen. Zu den Letzteren zählen ebenso gut gemeinte Eingaben, wie die Vorschläge von privaten Gesetzesinitiatoren, die z.B. dem Finanzminister neue Quellen durch Anregung einer Fahrradsteuer (mit errechnetem Jahresertrag von 30 Mio M !) oder etwa der Besteuerung der bundesdeutschen Jungfrauen erschließen möchten.

Wie auch immer eine Petition aussehen mag, ihr Absender kann gewiß sein, daß sie nicht unbeantwortet bleibt. Der Petitionsausschuß kann nicht nur für sich in Anspruch nehmen, daß er als einziger Bundestagsausschuß in der Verfassung verankert ist, sondern daß er jenes Gremium des Parlamentes ist, das wie kein zweites in einem ständigen Kontakt mit dem Volke steht und sich bemüht, seinen Sorgen und Nöten unmittelbar entgegenzutreten.

+ + +

#### Reisen in der Sowjetzone genehmigungspflichtig

##### Das Ostbüro der SPD teilt mit:

Zwischen dem Ministerium für Staatliche Sicherheit und dem Innenministerium wurden wiederholt Verhandlungen über die Einführung neuer Personalausweise geführt. Diese Verhandlungen stehen im Zusammenhang mit dem Plan, den Verkehr der Einwohner zwischen den neugebildeten Bezirken zu verhindern. Es wird in Erwägung gezogen, drei Kategorien von Personalausweisen zu schaffen: Eine, die für den Großteil der Bevölkerung bestimmt ist und nur zum Verkehr innerhalb eines Kreises berechtigen soll, die zweite für einen Personenkreis staatlicher Angestellter, Angehöriger der volkseigenen Betriebe und Funktionäre der Parteien und Massenorganisationen, die Reisen innerhalb eines Bezirkes gestattet, und eine dritte für einen kleinen Kreis von Staats- und Parteifunktionären, die die Berechtigung haben, innerhalb der gesamten DDR zu reisen. Reisen für die Bevölkerung innerhalb der Zone werden genehmigungspflichtig. Damit sollen auch auf diesem Gebiet in der Sowjetzone Verhältnisse eingeführt werden, wie sie in der Sowjetunion seit langem bestehen.

+ + +

Umstrittene Lehrerbesoldung

H.W. Um die Lehrerbesoldung in Hamburg ist zwischen dem Senat und dem Bundesfinanzminister ein Streit ausgebrochen. Die Bürgerschaft hatte die Neuordnung der Lehrerbesoldung einstimmig angenommen, nach der die Angleichung der Lehrergehälter Hamburgs an die Reichsbesoldungsordnung, die von den Nationalsozialisten unter erheblicher Kürzung der Bezüge durchgeführt worden war, beseitigt worden ist. Der Bundesfinanzminister sieht in dieser Neuordnung einen Verstoss gegen sein Sperrgesetz, die Hamburger halten sie für die Beseitigung eines den Lehrern zugefügten Unrechts.

Schäffer will vor dem Bundesverwaltungsgericht feststellen lassen, ob das Vorgehen des Hamburger Senats verfassungswidrig ist. Der Hamburger Senat verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass der Bund ohnehin keine vergleichbaren Beamtengruppen (Lehrkräfte) beschäftigt, deren Bezüge vergleichsweise als Höchstgehälter herangezogen werden könnten.

Da die Vorlage inzwischen durch Veröffentlichung im Gesetzblatt Rechtskraft erhalten hat, wird nach der Neuberechnung die Auszahlung der Mehrbeträge ab 1. Oktober 1952 in Kürze erfolgen können. Um dies zu verhindern und die Lage durch vollendete Tatsachen nicht zu erschweren, bemüht sich der Bundesfinanzminister beim Verwaltungsgericht um eine einstweilige Verfügung zur Aussetzung von Gehaltsbeträgen aus der Neuordnung, bis die Klage entschieden ist. Die Hamburger Lehrerschaft ist von der Entwicklung sehr enttäuscht, da sie befürchtet, dass die Bundesbehörden dem schulrechtlichen Hamburger Senat die Hände binden.

Einem Teil der Lehrerschaft wird die neue Besoldungsordnung übrigens keine Verbesserungen bringen. Die Schulleiter hatten in der Besoldungsordnung von 1928 keine Stellenzulagen wie jetzt. Da diese Frage in dem vor der Beratung stehenden Schulverwaltungsgesetz noch nicht entschieden ist, sollte sie auch in dieser Besoldungsvorlage nicht schon im Vorwege entschieden werden. Ein weiterer Teil der Lehrkräfte steht im Angestelltenverhältnis und wird aus diesem Grunde von der Neuordnung der Lehrerbezüge nicht betroffen. Ob eine Angleichung ihrer <sup>Bezüge möglich sein wird.</sup> /ist z.Zt. noch ungeklärt. Der Unterschied der Besoldung zwischen beamteten und angestellten Lehrkräften würde trotz völlig gleicher Arbeit dann sehr erheblich sein.